

Wer, wenn nicht wir?

Unser Kampf, er hört nicht auf, noch lange nicht! Auch wenn sie uns weismachen wollen, dass diese Kommission mit ihrem Fachwissen und ihrer personellen Zusammenstellung schon das richtige Endlager aussuchen wird für uns. Pustekuchen! Wer das glaubt, ist selber schuld!

Abgesehen mal davon: Es geht ja nicht nur um die Endlagersuche, sondern es geht um die Abschaltung aller Atomanlagen und eine echte Energiewende. Dazu gehört auch der Ausstieg aus der Braunkohlen-Technologie. Und die Ermöglichung dezentraler Energieversorgung!

Und wie ich unseren Erzengel Gabriel nach der Wahl kennengelernt habe, tut er alles, um genau das zu verhindern! Kriecht E.on und Vattenfall in den Arsch, die nicht von ihrer überalterten Technologie lassen wollen und besonders nicht von ihrer Machtstellung im Energie-Bereich, es sei denn, man zwingt sie dazu. Aber wer und was kann das sein? Tschernobyl? Fukushima? Erzengel Gabriel? Die Merkel? Der Klimawandel?

Wer, wenn nicht wir?

Und in diesem Sinne freue ich mich schon jetzt auf unsere zukünftigen Kämpfe gegen die Atom-Mafia.

Klaus der Geiger





Liebe Leserinnen und Leser,

immer deutlicher wird: Im Lande wird Atommüll gestapelt, hin und her verschoben und immer noch produziert. In Jülich lagern 152 Castoren, die in die USA abtransportiert werden sollen. Das ist keine Lösung, das ist sogar illegal, denn in Jülich wurde kein Forschungsreaktor betrieben, es war eine Versuchsanlage.

Müll wird immer noch in den laufenden Atomkraftwerken produziert und vor allem auch in der Urananreicherungsanlage Gronau, deren Betrieb unbefristet ist. Die UAA Gronau versorgt weltweit Atomkraftwerke mit Brennstäben. Wie geht das zusammen – in Deutschland soll aus der Atomkraft ausgestiegen werden und aus Deutschland werden Brennelemente für den Reaktorbetrieb in anderen Ländern produziert? Matthias Eickhoff skizziert das Ausmaß des

Atommüllproblems in Nordrhein-Westfalen, und Silke Westphal von der AG Schacht Konrad erläutert im Gespräch mit Jan Becker, warum im Herbst unter dem Titel "Tatort Deutschland" die Anti-Atom-Initiativen das Atommülldesaster im Rahmen einer Herbstkampagne zum Thema machen werden. Das ist unsere Antwort auf das Versagen der Politik! Dazu passt die harsche Kritik Reinhard Ueberhorsts an dem Standortauswahlgesetz (StandAG). Vor der Verständigung aller Parteien über den Umgang mit dem Atommüll selbst liege die Hürde der Ver-

Ueberhorsts an dem Standortauswahlgesetz (StandAG). Vor der Verständigung aller Parteien über den Umgang mit dem Atommüll selbst liege die Hürde der Verständigung über einen demokratischen Umgang miteinander. Das kürzlich beschlossene StandAG atme aber noch den Geist eines veralteten Verständnisses von Demokratie, sagt er. Anders gesagt: Bevor eine Gesellschaft Probleme so großer Ausmaße angehen kann, muss sie neue Spielregeln erarbeiten. Damit bringt er das grundlegende Pro-

blem auf den Punkt! Doch es gibt auch Zweischneidiges und etwas Erfreuliches zu vermelden:

Unter Tage soll in Gorleben der Erkundungsbereich I geräumt werden und wird nicht mehr "gepflegt". Zum 1. Oktober muss es für den Bergwerksbetrieb in Gorleben einen neuen Hauptbetriebsplan geben, der den vom StandAG geforderten Offenhaltungsbetrieb gewährleistet. Das ist die Billiglösung, denn wir haben das Verfüllen der Strecken und der Schächte gefordert. Der alte Planfeststellungsantrag aus dem Jahr 1977 wird zurückgezogen, das wurde uns versichert. Der Bund und das Land Niedersachsen wollen die Sache für erledigt erklären, und damit gibt es keinen Plan B mehr für Gorleben, um für den Fall des Scheiterns der StandAG doch noch was in der Tasche zu haben. So können wir uns auf die Arbeit der Endlagerkommission konzentrieren. Gück Auf!

Martin Donat, Vorsitzender der BI

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Anschrift: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow redaktion@gorleben-rundschau.de service@gorleben-rundschau.de www.gorleben-rundschau.de

Verantwortliche Redakteure: Andreas Conradt, Torsten Koopmann (Anschrift wie oben)

Redaktion: Jan Becker, Andreas Conradt, Wolfgang Ehmke, Marianne Fritzen, Torben Klages

Gestaltung: Andreas Conradt Korrektorat: Franziska Behn Druck: dieUmweltDruckerei GmbH Lohweg 1, 30559 Hannover Auflage: 4800, gedruckt auf Recyclingpapier Circle Matt White

Die Gorleben Rundschau ist eines der wichtigsten Werkzeuge zur Verbreitung unserer Nachrichten. Aber ihre Erstellung kostet auch viel Geld. Bitte spendet:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21

BIC: NOLADE21UEL

Wenn die Zusendung der Gorleben Rundschau künftig nicht mehr erwünscht ist, bitten wir Euch um Nachricht:

Tel.: 05841 - 4684 oder service@gorleben-rundschau.de Allerlei weiterführende Links zu Artikeln in der Gorleben Rundschau gibt es auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de





BI.Luechow.Dannenberg.e.V



@gorleben



Bi LuechowDannenberg



Website-News per RSS

Leserbriefe veröffentlichen wir auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de. Dort könnt Ihr auch Lob, Kritik und Anregungen posten.



Trotz massiver Vorbehalte ist die Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfälle nun eingerichtet. Ungeachtet des Hauptkritikpunktes, dass suggeriert wird, eine schnelle Lösung sei greifbar, obwohl das Problem im Ganzen überhaupt nicht erfasst ist, wird selbst in Kreisen der Kritiker/-innen zwar viel über die Kommission, aber kaum noch über Atommüll gesprochen. Die bundesweit angelegte Herbstkampagne Atommüll-Alarm – Tatort Deutschland soll das nun ändern.

Während die "Berliner Atommüllrunde" ihre Gespräche eben erst begonnen hat, lagert der Atommüll oftmals in prekärem Zustand seit Jahrzehnten über das ganze Land verteilt. Gehandelt werden müsste sofort, und zwar allumfassend und nachhaltig. Die bisherige Strategie, Atommüll von einem Irgendwo zu einem anderen Irgendwo zu schaffen, bietet da keine Lösung. Die Probleme werden räumlich und zeitlich einfach nur verlagert.

Die Herbstkampagne der Anti-Atom-Initiativen will nun Ermittlungen einleiten und Spurensicherung betreiben und dabei den Fokus auf die einzelnen Atomstandorte richten. Dabei soll der ganze Umfang der Missstände in den Blick genommen und die Politik zu verantwortlichem Handeln aufgefordert werden. Für den "Gesamtblick" bietet sich die Bestandsaufnahme Atommüll, die im vergangenen Jahr von Atomkritiker/-innen erstellt wurde, als umfassende Grundlage an. Sie wird im Herbst auch im Internet verfügbar gemacht und dort als Atommüllreport ständig erweitert, komplettiert und laufend aktualisiert werden. Um eine gesellschaftliche Diskussion

zu entfachen, ist eine Aktions- und Informations-Kampagne geplant, an der sich bundesweit Gruppen beteiligen. Anlässe sollen geschaffen werden, damit sich Menschen einerseits mit den Atommüllproblemen an ihren Heimatorten auseinandersetzen und andererseits ein Bewusstsein dafür entwickelt wird, dass diese Einzelprobleme eng miteinander verflochten sind und gesamtheitlich betrachtet werden müssen.

In Planung ist eine Vortragsreihe mit Informationsveranstaltungen im ganzen Bundesgebiet, flankiert durch das konzertierte Sammeln von Unterschriften gegen die derzeitige laxe Haltung im Umgang mit Atommüll aller Art. Das Ende der Kampagne sollen konkrete Forderungen markieren, um die Politik zu sofortigem und verantwortungsvollem Handeln zu zwingen. Gleichzeitig soll die Kampagne den Anfang einer breiten gesellschaftlichen Diskussion markieren, die für sich selbst steht und keine Stellvertreter-Debatten benötigt.

Kampagne der Bürgerinitiative bi-lüchow-dannenberg.de



Neben zahlreichen anderen großen und kleinen Anti-Atom-Gruppen in ganz Deutschland, wird sich auch die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg finanziell, organisatorisch und durch Vorträge an den Brennpunkten des Atommülldesasters beteiligen. Vorgesehen ist eine zehntägige BI-Tour mit Veranstaltungen voraussichtlich in Kiel, Brunsbüttel, Greifswald und Ahaus sowie an potenziellen Endlagerstandorten in Regionen, die über ähnliche Salzstöcke wie den im Wendland verfügen.

Die Fakten zur Kampagne

Die Herbstkampagne Atommüll-Alarm Tatort Deutschland der Anti-Atom-Initiativen wird vom 13. September bis zum 31. Oktober in vielen Orten in ganz Deutschland stattfinden.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg wird ihre Veranstaltungen in der zweiten Oktober-Hälfte durchführen, unter anderem voraussichtlich in Kiel, Brunsbüttel und Ahaus.

Alle Informationen wie Veranstaltungen, Vorträge und Aktionen werden regelmäßig auf der Website der Kampagne bekannt gegeben: www.atommuell-alarm.info.

Interessierte können sich auch telefonisch mit dem Trägerkreis in Verbindung setzen: 0176 - 7658 6506.



"DISKUSSION ÜBER ATOMMÜLL BEGINNEN"

Jan Becker im Gespräch mit Silke Westphal

Aller Kritik an der Atommüll-Kommission zum Trotz, reden viele der Kritiker/-innen nur mit und über **GR**: Als ein wesentliches Element der "neuen Endlagersuche" spricht die Bundesregierung von Bürgerbeteiligung,

die Kommission – und nicht über Atommüll. Das soll im Herbst mit einer Kampagne geändert werden. Angeschoben wurde die Idee von der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad aus Salzgitter, wo mit dem dortigen Erzbergwerk die ganze Last des schwach- und mittelaktiven Mülls getragen werden soll.

Gorleben Rundschau: Alle reden über Gorleben, doch Schacht Konrad, der genehmigte Ort für ein Endlager für schwach- und mittelaktiven Abfall, wird in der Debatte um eine "neue Endlagersuche" offenbar vergessen? Warum?

Silke Westphal: Es gibt unzählige kleinere und größere Orte in ganz Deutschland – an AKW-Standorten, in alten Atomforschungsanlagen, in so genannten Zwischenlagern oder gar als Wertstoff auf Müllkippen getarnt –, wo konkret sehr viel Atommüll herumliegt und vermutlich auch noch sehr lange liegen wird. Das haben wir mit der Bestandsaufnahme Atommüll schon sehr deutlich gemacht. Mit der geplanten Kampagne wollen wir erreichen, dass nicht nur über Gorleben und Schacht Konrad, sondern über alle Arten radioaktiver Abfälle an all diesen vergessenen Orten geredet wird.

GR: Wird auch der Standort Konrad in ein paar Jahren neu diskutiert werden (müssen)?

SW: Schacht Konrad wird ja bereits seit Jahrzehnten diskutiert, die Anzeichen, dass er sich nicht für die Lagerung von Atommüll eignet, verdichten sich zunehmend. Das Konzept für Konrad ist dasselbe wie für die Asse, von denselben Köpfen erdacht und "erforscht". Aus den Asse-Fehlern wurde jedoch noch keine Risikobetrachtung für Schacht Konrad abgeleitet. Darüber hinaus würde der Schacht auch mengen- und inventarmäßig den bisher angefallenen Atommüll nicht aufnehmen können. Die geplante Inbetriebnahme des Lagers hat sich deshalb mittlerweile um fast vierzig Jahre verzögert, und das ist fatal für all diese Orte, die immer davon ausgegangen sind, dass bei ihnen der gefährliche Atommüll nur vorübergehend liegt. Sie werden bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag auf ihren nuklearen Lasten sitzen bleiben.

vor allem auch die Akteur/-innen in der Anti-Atom-Bewegung sollen partizipieren. Was läuft da Eurer Meinung nach falsch?

SW: Im Prinzip alles! Der ganze Prozess müsste vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Zuerst müsste festgestellt werden, wieviel Atommüll überhaupt da ist, dann eine gesellschaftlich breite Diskussion um den Umgang mit dem Atommüll überhaupt geführt werden... Das geht doch so wie bisher mit dem Vergraben einfach nicht. Und wenn unter dem Label "Bürgerbeteiligung" unsere Rechte auf Einwendung und Anhörung auf ein bloßes Informationsrecht und zwei handverlesene Vertreter aus Umweltverbänden beschnitten werden, ist aus demokratischer Perspektive auch viel verloren gegangen.

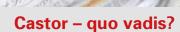
GR: Mit der geplanten Kampagne soll vor allem mit den Menschen außerhalb der Parlamente und Gremien die Diskussion um Atommüll aufgenommen werden. Was ist bislang geplant?

SW: Wir wollen möglichst flächendeckend Initiativen und Einzelpersonen ansprechen, die sich an der Kampagne beteiligen. Vor Ort soll dann mit verschiedenen Events nicht nur auf das lokale Atommüllproblem hingewiesen, sondern auch der Gesamtzusammenhang deutlich werden. Wir benennen die Tatorte und machen damit die kriminelle Energie deutlich, mit der die Probleme vertuscht werden. Allen muss letztlich klar werden, dass das Problem viel zu groß und komplex ist, als dass Gorleben und Schacht Konrad oder andere Orte es lösen könnten und dass man es keiner Kommission überlassen darf. Der rote Faden der Kampagne ist eine Unterschriftensammlung mit vier konkreten Forderungen an die Bundesregierung.

GR: Was steht am Ende der Kampagne?

SW: Ein immenser Druck aus der Öffentlichkeit auf die Verantwortlichen in Politik und Ämtern, dass sich die Forderungen der Kampagne durchsetzen lassen und vor allem kein weiterer Atommüll mehr produziert wird.

GR: Euch viel Erfolg für die Kampagne!



Die Kampagne der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ging mit der Übergabe von 6000 Unterschriften an die Bundesumweltministerin zuende.

Seit einem Jahr quält sich die Politik mit der Frage herum, wohin mit den 26 Castoren, die nach einer Änderung des Atomgesetzes im Juli 2013 nicht mehr in Gorleben eingelagert werden dürfen. Bis Ostern sollte alles klar sein. Welches Ostern, das weiß keiner.

Allein Baden-Württemberg hat "hier" gerufen, es gäbe Platz für die fünf Castoren mit mittelaktiven Abfällen aus La Hague in Philippsburg. In Hessen raufen sich SPD und die grüne Umweltministerin Priska Hinz. Die Frankfurter Rundschau berichtete über einen angeblichen Vorstoß der schwarz-grünen Koalition zur Zwischenlagerung von Castor-Behältern in Biblis. Dazu sei das Land bereit. wenn im Gegenzug der Bund einen größeren Teil der Kosten eines möglichen Schadenersatzes an RWE für eine fehlerhafte Stilllegungsverfügung zu Biblis im Jahr 2011 übernehme. Kastor gegen Kohle? Zwischenzeitlich kommen neue mögliche Castortransporte hinzu. Das Zwischenlager des Forschungszentrums in Jülich (FZJ) soll - beziehungsweise muss - geräumt werden. Folgt nun der Abtransport der 152 Castoren in die USA oder wird das Zwischenlager Ahaus zur Auffangstation? (siehe Artikel Seite 6)

weitere Infos im Internet www.gorleben-rundschau.de



Unterdessen ging im August die Unterschriftenkampagne der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg – Castor 2015 jetzt stoppen – zu Ende. Die dicke Mappe mit den mehr als 6000 Unterschriften soll Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) demnächst überreicht werden. Doch das Gezerre um die Atommülltransporte ist damit noch lange nicht zu

Die Bürgerinitiative fordert: "Lasst das Zeug, wo es ist, bis sich in der Frage der Endlagerung eine "Lösung" abzeichnet. Sonst, das ist doch klar, gehen wir auf die Straße beim nächsten Tag X. Denn Gorleben ist überall."



Atommüllberge überall. Zwischenlager werden zum Dauerlager. Das Atommüllfiasko treibt ganz besonders in Nordrhein-Westfalen neue Blüten. Doch die "Endlagerkommission" geht das Problem nicht an.

In Nordrhein-Westfalen (NRW) sorgt die weltweit ungelöste Atommüllentsorgung derzeit gleich in zwei Fällen für Schlagzeilen: Dass die Lagerung der 152 "Westcastoren" mit rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementkugeln im Forschungszentrum Jülich (FZJ) für massive juristische und politische Probleme sorgt, ist ein Dilemma mit Ansage. Die Bundesregierung und die NRW-Landesregierung haben als Eigentümer des Forschungszentrums bislang allein auf die Verschiebung des Atommülls gesetzt. Ihr Rezept: 20 Jahre Zwischenlagerung in Jülich und dann ab über die Autobahnen nach Ahaus für weitere 40 Jahre. Dieser Plan ging gründlich schief, weil die Anti-Atom-Inis in NRW zwischen 2010 und 2012 unter anderem mit zwei Autobahn-Aktionstagen starken öffentlichen Druck aufbauten.

Also lagern die 152 Castoren weiter in Jülich, doch die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager lief schon 2013 ab. Mit zwei Notgenehmigungen überbrückte die Landesregierung zunächst das Castor-Fiasko, das war aber juristisch auf Dauer zu wackelig. Deshalb folgte jetzt die offizielle Anordnung zur Räumung des Lagers, die aber ohne zeitliche Befristung versehen wurde.

Seit 2012 wird der Export der Castoren in die USA forciert. Doch der Export von

Atommüll ist illegal, also versuchen Bund, Land und FZJ den einst kommerziell genutzten Versuchsreaktor AVR im Nachhinein zu einem "Forschungsreaktor" umzudefinieren. Dieser Atommüll ist nämlich vom Exportverbot ausgenommen. Aber auch gegen diese Exportpläne formiert sich Widerstand: Ende Juli kündigten mehr als 25 deutsche Initiativen zusammen mit der US-Organisation Savannah Rite Site (SRS) Watch massive Proteste an. (siehe Box Seite 7)

Und auch im Norden von NRW geht es zur Sache: Die Urananreicherungsanlage Gronau (UAA) produziert jedes Jahr als Abfallprodukt rund 6000 Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid (UF6), das bis 2009 bequem nach Russland exportiert wurde. Um den Uranmüll irgendwo zu lagern, wurde nun in Gronau selbst ein neues Lager für 60 000 Tonnen Uranoxid (U308) fertiggestellt. Dazu muss das UF6 zunächst in Südfrankreich und ab Ende 2015 in Capenhurst/Großbritannien in Uranoxid umgewandelt werden, was zu einer deutlichen Zunahme von Urantransporten führt.

Die Genehmigung für das neue Uranmüllager in Gronau hat es in sich: Der Uranmüll soll nämlich "zeitlich unbefristet" lagern dürfen, da ja auch die Urananreicherungsanlage zeitlich unbefristet in Betrieb bleiben soll. Die Lagerhalle, die nicht mal gegen Flugzeugabstürze gesichert ist, kann de facto deshalb schnell zu einem oberirdischen Quasi-Endlager werden, weil es für die UAA-Betreiberin Urenco bislang keinerlei Notwendigkeit gibt, sich um eine sichere Entsorgung zu kümmern. Bisher hat man sich nur marginal mit der Endlagerung des Uranmülls beschäftigt. Sicher ist nur, dass dieser Abfall nicht im Schacht Konrad eingelagert werden dürfte. Also wohin damit? In das Super-Endlager für "insbesondere hoch radioaktive Abfälle", das im Zweifel wieder Gorleben heißt? Dieses zusätzliche Problem kann die Endlager-Suchkommission schon allein wegen des großen Volumens noch ordentlich ins Schwitzen bringen.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland starteten nun zusammen mit zahlreichen weiteren Initiativen einen Tag-X-Aufruf gegen die drohende Inbetriebnahme des Uranmüll-Dauerlagers. Geplant ist zudem eine französischdeutsche Kampagne gegen die Urantransporte zwischen Südfrankreich und Gronau, die sowohl der Versorgung mit frischem Uran wie auch der Umwandlung des Uranmülls dienen. Mittlerweile dämmert selbst der NRW-Landesregierung, dass sie sich in Gronau durch die zeitlich unbefristete Genehmigung ein echtes Problem eingebrockt hat. Auf Druck der Anti-Atom-Initiativen sowie der Linken im Bund und der Piraten im NRW-Landtag will sie nun den Gronauer Uranmüll wenigstens in der umstrittenen "Endlager-Suchkommission" zum Thema machen, um gegenüber Urenco überhaupt ein (kleines) Druckmittel in der Hand zu haben. Die neue Lagerhalle deckt zudem nur die Gronauer Uranmüllproduktion von zehn Betriebsjahren ab, danach wäre bereits die nächste Lagerhalle notwendig - eine Atommüllspirale ohne Ende, wenn nicht endlich die Urananreicherungsanlage stillgelegt wird!

KLEINE ERFOLGE – GROSSE AUFGABEN

ein Kommentar von Wolfgang Ehmke

Das Bundesumweltministerium will das sogenannte Erkundungsbergwerk Gorleben offen halten, lediglich der bisherige Erkundungsbereich I soll außer Betrieb genommen wird. Das erklärten Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth und der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) am 29. Juli auf einer Pressekonferenz in Lüchow.

Die Ankündigung überraschte nicht wirklich, denn diese Moratoriums-Variante wurde bereits im Vorfeld kommuniziert. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg hatte hingegen vorgeschlagen, die Strecken und Gruben unter Tage sukzessive zu verfüllen und durch die Evaluation des Standortauswahlgesetzes (StandAG) die rechtlichen Voraussetzungen für den Rückbau bis zur grünen Wiese zu schaffen.

Das so genannte Erkundungsbergwerk dürfe nicht unbrauchbar gemacht werden, erklärte hingegen Flasbarth. Das "Erkundungsbergwerk Gorleben" wird also möglicherweise über 15 bis 20 Jahre lang als potenzielles Endlager offen gehalten, deshalb kommt bei uns keine rechte Freude auf. Ein bisschen weniger Gorleben reicht nicht.

weitere Infos im Internet www.gorleben-rundschau.de

Darüber hinaus haben Flasbarth und der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) sich darauf verständigt, das atomrechtliche Planfeststellungsverfahren aus dem Jahr 1977 für obsolet zu erklären. Sie wollen das auch durch gegenseitige Verzichtserklärungen dokumentieren. Seit einem Jahr drängen wir darauf, dass dieses Verfahren beendet wird, um einen möglichen Plan B für Gorleben – sollte das StandAG scheitern – auszuschließen. Wir verbuchen das als unseren Erfolg.

Da wird die Endlagersuche neu gestartet, aber im StandAG wird Gorleben fortgeschleppt, um den Salzstock im Nachhinein als potenzielles Endlager zu legitimieren. Falsch? Der Rahmenbetriebsplan als ein wichtiges Instrument der Durchsetzung Gorlebens wurde erst nach unglaublich langem, zähem politischen Widerstand und durch jahrelange Prozessführung der Grundeigentümer und Besitzer von Salzrechten zurückgezogen

Und aus dem Landesraumordnungsprogramm wurde Gorleben als Vorrangstandort für die Errichtung eines Endlagers gestrichen. Na ja, das kann auch ein Beitrag zur Beschwichtigung sein, denn ein Endlager in Gorleben wird diese Streichung nicht verhindern können.

Es bleiben also große Hürden und politische Aufgaben, damit Gorleben als Endlagerstandort ausscheidet. Selbst von einer "Egalität" im Vergleich zu anderen potenziellen Standorten ist Gorleben also noch weit entfernt: Es gibt eine Aktenlage "pro Gorleben", es gibt Eignungsaussagen und -prognosen seitens der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und es gibt eine

Veränderungssperre in Gorleben, die nicht über das Jahr 2015 hinaus verlängert werden dürfte. Allein für den Salzstock Gorleben gilt, dass Veränderungen unterhalb einer Tiefe von 50 bis 100 Metern untersagt sind, die die Standorterkundung erschweren könnten. Wohlgemerkt, das gibt es nur für Gorleben, und das, obwohl die Erkundung offiziell für beendet erklärt wurde – ein Widerspruch in sich, der Gorleben aber gegenüber anderen potenziellen Standorten privilegiert. Fazit: Weitermachen!



Proteste gegen Atommüll-Export angekündigt

Umwelt- und Anti-Atom-Organisationen aus dem ganzen Bundesgebiet haben für den Fall von Castortransporten aus dem Zwischenlager in Jülich massive Proteste entlang der gesamten Strecke angekündigt.

Im nordrhein-westfälischen Jülich lagern derzeit 152 Castoren mit hochradioaktivem Müll aus Brennelementen, doch das Forschungszentrum Jülich (FZJ) ist bisher weder in der Lage, eine rechtssichere Genehmigung für das Zwischenlager, noch eine Transportgenehmigung für die Castoren zu erwirken. Ob dieser Zustand durch das FZJ bewusst herbeigeführt wurde oder auf Inkompetenz zurückzuführen ist, kann nur vermutet werden. Aktuell versucht das Forschungszentrum in Zusammenarbeit mit dem Land NRW und dem Bund, den Atommüll zur Wiederaufarbeitung in die USA zu verschieben. (s. Artikel S. 6) Scheitern die USA-Pläne, droht erneut eine Verschiebung der so genannten "West-Castoren" aus Jülich in das Zwischenlager Ahaus. Die Lagerhalle in Ahaus ist nicht wesentlich sicherer als die in Jülich, hat aber eine längere Genehmigung bis 2036. Der Müll muss zu einem späteren Zeitpunkt für eine Endlagerung konditioniert werden, was wiederum in Ahaus nicht möglich ist, wohl aber in Jülich. "Ein weiteres Herumgeschiebe von Atommüll wäre die Folge", so der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). "Grundlage jeder Planung muss die Vermeidung von Atomtransporten und einer unnötige Gefährdung der Bevölkerung sein." Das Motto "Nichts rein! Nichts raus!" sei bei Umweltschützern längst Konsens. Jeglicher Atommüll-Transport werde grundsätzlich abgelehnt, solange kein bundesweites Atommülllager existiert. Stattdessen werde der Verbleib des Atommülls in einem erdbebensicheren und zugelassenen Zwischenlager am Standort Jülich gefordert.

Zudem soll in Jülich ein stark kontaminierter Reaktorbehälter um 90 Grad gekippt und anschließend etwa 200 Meter in ein behelfsmäßiges Zwischenlager verschoben werden. Laut BBU wurden kaum Alternativen zu diesem einmaligen und hoch gefährlichen Vorhaben untersucht! Auch aufgrund des neuen Erdbebengutachtens sei eine Verschiebung des Reaktors abzulehnen. Eine Erklärung, warum der verseuchte Reaktor in Jülich bleiben soll, die Castoren wegen angeblicher Erdbebengefahr aber unbedingt weg müssen, bleibt der Betreiber bislang schuldig.

Bei einem bundesweiten Treffen der Anti-Atom- und Umwelt-Organisationen wurde vor Kurzem beschlossen, im Falle der Castortransporte aus Jülich den gesamten bundesdeutschen AKW-Widerstand auf die Transportstrecken zu verlagern. Schwerpunkte würden dabei Jülich und das Ziel Ahaus (beziehungsweise Nordenham beim USA-Export) sein. Aber auch entlang der möglichen Transportrouten würden lokale Initiativen die gesamte Bandbreite des Widerstandes auf die Straße bringen – nach dem Vorbild der erfolgreichen Aktionen im wendländischen Gorleben.

AUSGERECHNET PHILIPPSBURG!

ein Kommentar von Jens Feuerriegel (Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 9. August 2014)

Erstaunlich, wie sich auch im politischen Raum Kreise immer wieder schließen. Stichwort Philippsburg. Der dortige Bürgermeister Stefan Martus (CDU!) erteilt den Plänen eine Absage, die fünf restlichen Castoren aus der französischen Wiederaufbereitung im Zwischenlager am Atomkraftwerk Philippsburg unterzubringen. "Wir sind

fällt fast haargenau mit einem fast vergessenen 20. Jahresmonat zusammen. Denn die Mutter aller mittlerweile 113 im Zwischenlager Gorleben stehenden hochradioaktiven Castoren – sie stammt aus Philippsburg.

Im Sommer 1994 wollten die Atomindustrie und die CDU/FDP-Bundesregierung den ersten Castor nach Gor-

> leben bringen. Mitte Juli steht der **Transport** scheinbar unmittelbar hevor. Zu Tausenden gehen die Lüchow-Dannenberger und andere auf die Straßen. Sie protestieren, ckieren, sägen Bahnschwellen durch, verbiegen Schienen, untertunneln

Straßen. Ein Versammlungsverbot ist bereits erlassen, ein Hüttendorf schon geräumt, als es Aufschub gibt: Wegen der Sommerferien und Personalproblemen der Polizei verschiebt die Politik den Transport. Anfang August kommt es dann zu Pannen beim Beladen des Castors in Philippsburg. Die spätere

Bundesumweltministerin und heutige Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wird diesen Vorgang später mit Backpulver vergleichen, das in der Küche eben auch daneben gehe. Bonn entscheidet jedenfalls im August vor 20 Jahren, die heiße Fracht erst nach der Bundestagswahl im Herbst rollen zu lassen. Tatsächlich wird es dann erst der April 1995. Was die Politik später zugab: Dieser Castor-Transport aus Philippsburg war damals gar nicht notwendig. Man wollte offenbar unbedingt das Zwischenlager in Gorleben für hochradioaktiven Atommüll in Betrieb nehmen. Viele Lüchow-Dannenberger empfanden das als regelrechte Vergewaltigung. Es war: eine traumatisierende Erfahrung.

Partei vor Fukushima heldenhaft die Atomfahne geschwungen und dessen Stadt jahrzehntelang mit vielen Arbeitsplätzen und fetten Gewerbesteuereinnahmen vom Atomstrom profitiert hat, einen auf Ober-Widerständler macht, dann ist das ein Schlag ins Gesicht der Lüchow-Dannenberger Bevölkerung. Denn hier landete schließlich jahrelang das strahlende Erbe aus Philippsburg & Co. Solidarität? Politische und moralische Verantwortung? Es sind solche Politiker wie Stefan Martus, die das Vertrauen in die neue bundesweite Endlager-Suche in den Boden stampfen.

Wenn jetzt ein Bürgermeister, dessen



nicht mehr bereit, weitere Belastungen hinzunehmen", meint der Bürgermeister. Die Belastung durch das Atomkraftwerk sei schon groß genug. In Lüchow-Dannenberg klingeln uns die Ohren: Ausgerechnet Philippsburg! Und ausgerechnet ein CDU-Bürgermeister! Die skurrile Einschätzung aus Philippsburg

VOR 30 JAHREN

Warten auf TAG X

Seit nunmehr 30 Jahren lagert Atommüll im Zwischenlager Gorleben. 1984 – ein Jahr, geprägt von dem Wissen, dass er kommen wird, dieser gefährlichste aller Stoffe, von dem auch 2014 niemand weiß, wohin damit.

Während damals noch die Mehrheit unserer Lokalpolitiker das Zwischen(?)lager als Segen für die Region pries - es hat ja Millionen in die lokalen Kassen gespült! - wurden viele nachdenkliche, wache Bürger nicht müde zu warnen: In Leserbriefen, Appellen, Anzeigen auf fast jeder Seite unserer Lokalzeitung, in Menschenketten, Prozessen und schließlich der Wendlandblockade zeigte sich der Unmut, aber auch die Hilflosigkeit gegen "die oben". Am 8. Oktober 1984 war er dann da, der allererste TAG X! Wie ein Krimi liest sich die Berichterstattung der Elbe-Jeetzel-Zeitung am folgenden Tag. "Im Zick-Zack-Kurs nach Gorleben: Atommüll-Konvoi kam durch den Wald." Von Stade über



Uelzen, Spithal, Kassau, Jiggel, Güstritz, Wustrow, Lübbow, Dangenstorf (an der Zonengrenze entlang), Prezelle, Meetschow, Trebel und schließlich über den so genannten Mastenweg erreichten die Fahrzeuge ihr Ziel. In der Luft Hubschrauber, die die Bodenbewegungen meldeten, uns aber auch den Ort der Transporter anzeigten. Man musste schon ortskundig sein, um diese Route nachvollziehen zu können – oder über eine gute Landkreiskarte verfügen.

Um 14 Uhr passierten die Lastwagen mit den ersten 210 gelben Atommüllfässern in vier Containern die Schleuse des Zwischenlagers. Wurden wir "ausgetrickst", wie es manche formulierten? Wir wurden noch wachsamer! Und wir haben gelernt: Schließlich hat auch die BELUGA, das Greenpeace-Schiff, viele Jahre später ihren letzten Standort im Gorlebener Forst ähnlich trickreich und auf ähnlicher Route gefunden. Marianne Fritzen

Spaziergang ist weitere Institution im Kampf gegen die Endlagerpläne in Gorleben

Am 10. August war es soweit: zum 250. Mal wurde das "Erkundungsbergwerk Gorleben" an einem Sonntag umrundet. Der Sonntagsspaziergang hat sich – ähnlich wie das anschließende Gorlebener Gebet – zu einer Institution entwickelt. Denn jeden Sonntag umrunden Atomkraftgegner/-innen die festungsähnlichen Mauern des so genannten Erkundungsbergwerks aus Protest dagegen, dass an Gorleben als atomares Endlager trotz aller geologischen Mängel festgehalten wird.

"Es gibt die 'große Politik' in Berlin, aber es gibt auch die Beharrlichkeit der Gorleben-Gegner/-innen. Das Entsetzen über das Versagen der Politik bei dem angeblichen Neustart der Endlagersuche wird groß sein", prophezeit die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). In einer solchen Warteschleife – während der Debatte



innerhalb der Endlagerkommission – sei es wichtig, dass jeden Sonntag Menschen demonstrieren, weil sie kein Vertrauen in die große Politik haben, die verspricht, die Endlagersuche neu zu starten, betonte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke am Rande der Veranstaltung.

Nachdem die Spaziergänger/-innen von ihrem Rundgang zurückkamen und an der Undine-von-Blottnitz-Schutzhütte Platz nahmen, erwartete sie Kaffee und Kuchen, der vom Frauenkreis der Kirchengemeinde Küsten gespendet worden war. Im lockeren Gesprächskreis haben dabei einige BI-Vorständler über die aktuellen Themen informiert.

AUSTRALIEN



Erfolg vor Gericht

Vor Gericht, auf der Straße, im Busch – jahrelang haben australische Ureinwohner gegen den Bau eines Atommüllendlagers gekämpft. Jetzt haben sie einen großen Sieg errungen: Das Northern Land Council beugte sich dem Druck und zog die Pläne zurück. Damit wird das Lager in Muckaty Station rund 600 Kimlometer nördlich von Alice Springs in Zentralaustralien vorerst nicht gebaut.

U.S.A.

GAU im Salzbergwerk-Atomlager in New Mexico

Seit Februar findet ein schleichender GAU im WIPP statt, der Pilotanlage zur Lagerung von schwach- bis mittelradioaktivem Müll in einem Salzbergwerk im US-Bundesstaat New Mexico. Bei einem Unfall am 14. Februar wurden unter Tage erhebliche Mengen an Plutonium und Americium freigesetzt. Über das Ventilationssysten gelangten angeblich nur geringe Mengen in die Umwelt, kontaminierten aber 21 Arbeiter, die zu der Zeit über Tage anwesend waren. Gegen 23 Uhr hatte es Radioaktivitätsalarm gegeben. Trotzdem ließ die Firmenleitung die Schicht am nächsten Morgen ohne besondere Sicherheitsvorkehrungen zur Arbeit antreten. Der Schacht war bereits wegen eines Feuers einige Tage zuvor geschlossen worden. Für die fragliche Nacht wurden im Bergwerk hohe Aktivitätswerte für Plutonium und Americium gemessen.

Im Logbuch der Anlage ist ferner vermerkt, dass im Bereich der Stromversorgung der Fabrik (über Tage) eine Stunde vor dem Radioaktivitätsalarm ein grüner Lichtschein und Geräusche ("green burst") wahrgenommen wurden. Da sich diese elektrische Anlage in der Nähe von Abluftrohren des Bergwerks befindet, halten es Kritiker für möglich, daß große Mengen von Americium schon vor dem Alarm in die Umwelt geraten sind, die zu einer lokalen Ionisierung der Luft und zu elektrischen Entladungen in der Umspannstation führten.

KURZNACHRICHTEN AUS DER BI

Aktionen und politische Arbeit

Noch kaum erholt von den vielfältigen Aktivitäten während der Kulturellen Landpartie, war die Bl am 29. Juni schon wieder mit Infostand und rollender Bühne auf der Demonstration in Hannover anlässlich der Pannenserie im AKW Grohnde vertreten.

Nur zehn Tage später trat sie als Mitorganisatorin der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des *Gorlebener Gebets* auf (s. Artikel Seite 11). Mitte Juli hat die Bl zudem das Benefiz Open Air *eVentschau* personell und materiell unterstützt (s. Artikel Seite 10).

Am 18. Juli hat Mitherausgeber Michael Wilk aus Wiesbaden auf einer gut besuchten und von der BI organisierten Veranstaltung in der Dannenberger Buchhandlung Hielscher das Buch Strategische Einbindung vorgestellt.

Am 22. und 23 Juli brachte die Elbe die Robina Wald, das Floß der Umwelt-

schutzorganisation Robin Wood, nach Gorleben und Hitzacker. Beim Passieren der Dömitzer Brücke entrollten Aktivist/-innen einTransparent gegen die Nutzung Gorlebens als Endlager. Die Besatzung des Floßes wurde an beidenTagen durch Mitglieder des Bl-Vorstands musikalisch und kulinarisch verwöhnt.

weitere Infos im Internet www.gorleben-rundschau.de

Hoher Besuch kam am 29. Juli ins Wendland: Landes-Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne), Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth und der Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz, Wolfram König, unterrichteten Vertreter von Landkreis und Presse über die Pläne zur Außerbetriebnahme des Erkundungsbereichs I des so genannten Erkundungsbergwerks (s. Artikel Seite 7). DemTermin folgte ein informelles Gespräch zwischen

Minister und Teilen des BI-Vorstands. Am 10. August hieß es zum 250. Mal: "Immer am Zaun lang!" Seit knapp fünf Jahren gibt es den Sonntagsspaziergang rund um das Erkundungsbergwerk in Gorleben (s. Artikel oben). Ganz in der Nähe fand am 22. und 23. August das FreeFlow Openair in Gedelitz statt. "Frei von Konservenmusik und radiokompatibler Bumsmucke, ist das FreeFlow Openair eher eine Art Familientreffen von Musikern, Musikliebhabern und Atomkraftgegnern", heißt es von den Veranstalter/-innen.

Ernster wurde es am 30. August bei der Atommüllkonferenz in Kassel. Erneut sprachen Anti-Atom-Initiativen zum Thema Atommüll und stimmten sich über ein gemeinsames Vorgehen ab.

Hochbetrieb vor den Ferien: Die BI wurde mehrfachangefragt, Schulklassen überden 35-jährigen Widerstand zu informieren.

BENEFIZ OPEN AIR eVENTSCHAU

von Torben Klages













Sonne, Musik und Spenden für den guten Zweck hieß es im Juli im kleinen Dorf Ventschau zwischen Lüneburg und dem Wendland. Das Benefiz Open Air zugunsten von von Atomkatastrophen betroffenen Kindern und deren Familien, lockte, wie im Vorjahr, mehr als eintausend Menschen zu den beiden Veranstaltungstagen.

Das Ansinnen der Veranstalter/-innen war, die Spendensumme von über 7000 Euro aus dem letzten Jahr zu übertreffen. Auch wenn genaue Zahlen zum Redaktionsschluss noch nicht vorlagen, ließen erste Hochrechnungen den Schluss zu, dass das Ziel erreicht wurde.

Den Veranstalter/-innen der Gruppe Menschen gegen Atomkraft, die ihre Wurzeln in der Castorgruppe Dahlenburg im östlichen Landkreis Lüneburg haben, ist es mit viel Leidenschaft gelungen, ein abwechslungsreiches Programm aus Musik, Anti-Atom-Vorträgen und künstlerisch, kulturellen Beiträgen zusammenzustellen.

Bands wie Schwimmer und Kolkhorst brachten die Gäste bei tropischen Temperaturen ins Schwitzen, Singer-Songwriter wie Ben Turner und Einmannmusik stimmten leise und nachdenkliche Töne an.

Vorträge über Fukushima (Alexander Neureuter), das Atommülldesaster (Peter Dickel) und die Möglichkeit, dem Staat in luftiger Höhe auf der Nase herumzutanzen (Cécile Lecomte), rundeten das Programm ab.

Dank dieser gelungenen Mischung hatten auch unpolitische Besucher/-innen die Möglichkeit, die kurzweilig präsentierten, kompakten Informationen mühelos zu verdauen.

Das große ehrenamtliche Engagement der Gruppe, eine Vielzahl Sponsoren und natürlich die Festivalbesucher ermöglichten, dass sich nun die Fukushima-Kinderklinik in Japan, der Verein Heimstatt Tschernobyl e.V. und der Ermittlungsausschuss Wendland über Geldzuwendungen freuen können.

Das bisher noch als Geheimtipp geltende Festival wird aller Voraussicht nach auch im nächsten Jahr stattfinden. Fans sind jetzt schon gespannt, welche Band den diesjährigen Headliner *Stoppok* beerben wird.

Ein detaillierter Bericht mit vielen weiteren Impressionen kann über die Internetseite der Veranstaltung unter www. e-ventschau.de abgefrufen werden. Dort wird auch die endgültige Spendensumme bekannt gegeben.

25 JAHRE GORLEBENER GEBET

von Björn Vogt

Seit 25 Jahren und ohne auch nur einen einzigen Sonntag auszulassen treffen sich Menschen aller Religionen und Konfessionen im Wald nahe den Gorlebener Atomanlagen, um im Gebet vereint zu sein für ihren Protest. Die Predigt zum Jubiläums-Gottesdienst am 29. Juni hielt Landesbischof Dr. Ralf Meister.

An jedem Sonntag treffen sich christlich geprägte Atomkraftgegner, bei Eis und Schnee oder in sengender Hitze, in Sichtweite des Turms 1 des Erkundungsbergwerkes zum Gorlebener Gebet. In den vergangenen 25 Jahren wurde kein einziger Sonntag ausgelassen. Am 29. Juni feierte das Gorlebener Gebet sein 25-jähriges Bestehen. "Der Platz hier an den Kreuzen in Gorleben ist zu einem Ort der Wachsamkeit geworden", leitete Landesbischof Dr. Ralf Meister seine Predigt an jenem Sonntag ein. Meister sprach aus Anlass des 25-jährigen Bestehens - und zum zweiten Mal überhaupt - in Gorleben vor den Kreuzen im Forst. "Es geht um eine widerständige Aufmerksamkeit mit langem Atem".

weitere Infos im Internet www.gorleben-rundschau.de

Zahlreiche Zuhörer versammelten sich an diesem wolkenverhangenen Sonntag im Kiefernwald von Gorleben, um das 1300. Gorlebener Gebet zu feiern. Der Chor der evangelischen Studentengemeinde Oldenburg Red Rooster sang Gospels und Spirituals, ein Dolmetscher übersetzte die Ansprachen ins Englische. Augenscheinlich viele Gäste aus dem Ausland nahmen an dem Gebet teil, Menschen aus Japan, den USA und Afrika, Vor dem Gebet hatten viele Menschen schon die "Endlager"-Baustelle zu Fuß umrundet. Der Weg war geschmückt mit Fähnchen, auf denen Wünsche und Sinnsprüche notiert waren.

Ralf Meister: "Hier in Gorleben wurde und wird kühn gebetet. Warum? Weil hier gegen die Resignation von Hoffnungen geträumt wird, die uns leben lassen; mutig leben gegen die Resignation dieser Wirklichkeit. Hier beten wir, damit dem Leben eine Zukunft geschenkt wird". Entstanden ist die Initiative Gorlebener Gebet 1988 nach einem großen Protestmarsch vom bayrischen Wackersdorf bis nach Gorleben. 63 Tage lang hatten Demonstranten ein Holzkreuz mit sich getragen, das sie am Schluss im Gorlebener Wald aufstellten. Zwischenzeitlich musste das Kreuz geschient werden, da Wind und Wetter ihm zugesetzt haben. Doch es steht noch heute - wie vor 25 Jahren.













otos: Publi Xviewing, Priv

DEMOKRATISCHE ATOMMÜLLPOLITIK NACH REINHARD U

von Andreas Conradt



Auf einer Tagung von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen in Berlin haben im Frühjahr Vertreter/-innen der Anti-Atom-Szene über den Umgang mit dem Standortauswahlgesetz und der Endlagerkommission gesprochen. Bis dahin ungehörte Ansätze präsentierte Reinhard Ueberhorst. Er konnte mit Erfahrungen aus einer ähnlichen Kommission von vor 35 Jahren aufwarten.

"Das Standortauswahlgesetz kommt zum falschen Zeitpunkt. Es stellt die falschen Fragen, gibt ein falsches Verfahren vor und beinhaltet falsche Zeitvorgaben. Das Gesetz muss darum zurückgezogen werden." So und ähnlich schallt es derzeit von den Bühnen bei Großdemonstrationen, mit denen Atomkraftgegner Druck und Einfluss auf Regierung und Endlagerkommission ausüben wollen. Und doch stammt das Zitat nicht von einem der Demo-Redner.

Gesagt hat den Satz vielmehr ein Mann, der in der deutschen Anti-Atom-Szene bislang nur den wenigsten bekannt ist: Reinhard Ueberhorst war 1979 Vorsitzender der ersten energiepolitischen Enquete-Kommission der Bundesregierung. Sein Urteil über das Standortauswahlgesetz (StandAG) und die Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe fällt vernichtend aus, sein Ansatz zur Bewältigung der Atommüllfrage ist viel weitgehender als der der Anti-Atom-Organisationen:

weitere Infos im Internet www.gorleben-rundschau.de

Vor der Verständigung aller Parteien über den Umgang mit dem Atommüll selbst liege die Hürde der Verständigung über einen demokratischen Umgang miteinander. Das kürzlich beschlossene StandAG atme aber noch den Geist eines veralteten Verständnisses von Demokratie. Anders gesagt: Bevor eine Gesellschaft Probleme so großer Ausmaße angehen kann, muss sie neue Spielregeln erarbeiten.

Schon 1979 schrieb Reinhard Ueberhorst im *Spiegel*: "Die Krise der Demokratie (...) kommt im falschen Vertrauen auf eine technologische Evidenz, die die Menschen nicht finden können und dennoch akzeptieren sollen." Evidenz vorzugaukeln, wo sie wissenschaftlich begründet nicht vorliegt, werde dazu führen, dass Gorleben und die Atommüllpolitik zur Erfahrung verfehlter demokratischer Politikfähigkeit beitrage.

Je mehr wissenschaftlich-technische Themen Deutschland habe, desto mehr brauche das Land eine weiter entwickelte Demokratie, die an den spezifischen Aufgaben orientiert ist. Dabei gehe es aber zunächst nicht um wissenschaftliche Kriterien, sondern um solche, an denen ein folgendes Vorgehen in der Sachfrage orientiert werden kann. "Die StandAG-Konzeption ist ein untauglicher Versuch, an diesen Einsichten vorbei schnell zu einem Weg zu kommen, den es nur gäbe, wenn wir Rationalitäts- und Demokratieansprüche aufgäben."

Reinhard Ueberhorst brandmarkt die derzeit noch gängigen Denkweisen als ungeeignet, die Probleme der Gegen-

EBERHORST

wart und Zukunft dauerhaft lösen zu können. Weder eine reine Politikerpolitik, noch eine zu sehr von Wissenschaftlern beeinflusste Politik seien dazu geeignet. Auch die spätestens seit Stuttgart 21 angewandte Schein-Bürgerbeteiligung, die nach Gusto von Ämtern berücksichtigt werde, müsse scheitern. Das gelte in gleichem Maße für das Standortauswahlgesetz und die Endlagerkommission: "So lese ich das Modell der StandAG-Konzeption".

Vielleicht liegt in Ueberhorsts Erkenntnis der Grund für die jahrzehntelange Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomkraft in Deutschland: Die Spielregeln blieben unverändert, doch die Aufgaben wurden übermenschlich groß. Zwar wurde viel und heftig um Wege gerungen, doch eine Anpassung der Demokratie wurde versäumt. "Wir treffen auf kontroverse atommüllpolitische Positionen und mit ihnen auch auf sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie die Prozesse strukturiert werden sollten, mit denen eine umsetzbare Atommüllpolitik erreicht wird."

Ueberhorst plädiert also dafür, Demokratie nicht nur als das bevorzugte Staatsmodell anzusehen. Er ermutigt vor allem zu einem positiven Umgang mit Alternativen. Wo diese ignoriert, verdrängt oder wider besseren Wissens dementiert würden, sei Demokratie und Politikfähigkeit bedroht. Demokratie bedeute, dass Bürger/-innen und Abgeordnete Alternativen verstehen und beurteilen könnten. Das setze zwar die Arbeit von Wissenschaftler/-innen und Fachleuten voraus. Entscheiden müsse aber schließlich das Volk – und zwar eben im Wissen um die Alternativen.

"Die Kernenergieentwicklung pflegte bis weit in die Siebzigerjahre als Nicht-Politikum, als durch Sach-Rationalität bestimmtes Feld und reine Angelegenheit der Experten präsentiert zu werden. Das musste Widerspruch und Widerstand finden." Dass diese Denkweise noch nicht überwunden ist, belegt der Vermerk auf dem Vorblatt des StandAG: "Alternativen: Keine".

Mit einer solchen TINA-Denkweise ("There is no Alternative") sei Deutschland in die Misere der Atompolitik gekommen, so Ueberhorst. Es sei irritierend, nun auch am Ende des Atomzeitalters noch einmal einen letzten Versuch von Politik und Betreibern zu erleben, sich an Alternativen vorbei zu mogeln. "An jedem potenziellen Standort (…) werden sie auf Widerstand stoßen. Nicht nur der Menschen aus den Standortregionen, son-

dern aller Bürger, die einen irrationalen Prüfprozess nicht akzeptieren können." Vor dem Hintergrund seiner Erfahrung in der energiepolitischen Enquete-Kommission Ende der Siebzigerjahre verweist Reinhard Ueberhorst darauf, dass für eine erfolgreiche Verständigung der Kommissionsmitglieder untereinander zuerst die Verständigungsaufgaben erkundet, analysiert und vermittelt werden müssten. Dabei sei ein breites Bild der Herausforderungen ohne Scheuklappen ebenso erforderlich wie ein geteiltes Verständnis der Alternativen. Zudem müsste ein möglichst weithin geteiltes Verständnis der Ziele, Werte und Kriterien, an denen sich eine Kommission orientieren könne, vorliegen. Gleiches gelte für das Wissen darüber, warum es - zum Beispiel in technischen Fragen - zu unterschiedlichen Bewertungen kommt.

Diese "Basisarbeit" ist aber im beschlossenen Verfahren nicht vorgesehen. Reinhard Ueberhorst: "Ich sehe das StandAG in der Kontinuität einer Pseudopolitik. Es ist eine untaugliche Alternative zu einer demokratischen Atommüllpolitik. Mit ihr müssten die Verständigungsaufgaben herausgearbeitet, dann breite gesellschaftliche Diskussionsprozesse durchgeführt und erst dann politische Entscheidungen über den Weg und die Kriterien festgelegt werden." Erst danach seien wissenschaftliche Expertisen und eine Kommission sinnvoll.

Vor dem Hintergrund der fehlenden "Basisarbeit" und der falschen Reihenfolge der Schritte sieht Reinhard Ueberhorst drei denkbare Szenarien: Es könne immer noch sein, dass der Gesetzgeber erkennt, dass das StandAG besser zurückzuziehen und stattdessen ein demokratischeres Verfahren in Gang zu setzen ist. Denkbar sei auch, dass die Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Gruppen eine öffentliche Konfrontation mit den Arbeitsergebnissen der Kommission herbeiführen und daraufhin doch noch im Sinne des oben beschriebenen Szenarios nachgedacht wird.

Wahrscheinlich sei aber leider, so Ueberhorst, dass der StandAG-Prozess wie geplant durchgezogen würde, die Umweltverbände und Gruppen zwar Druck ausüben, dieser aber unbeachtet bliebe. Käme es so – und der Verlauf der bisherigen Sitzungen der Endlagerkommission legt dies nahe – dann, so Reinhard Ueberhorst, würde spätestens 2016 der gesellschaftliche Widerstand gegen staatliche Endlager-Planungen erneut aufflammen.

Die Kommission 1979/1980

Die erste energiepolitische Enquete-Kommission tagte in den Jahren 1979 und 1980. Sie hat damals mit einer relativ großen Mehrheit (12:3) alle wesentlichen Empfehlungen zur Energie- und Kernenergiepolitik formuliert – und das bei einer Zusammensetzung, bei der zehn der 15 Mitglieder als dezidierte Atomkraftbefürworter galten und nur fünf als Kritiker. Diese fünf waren alle Teil der Mehrheit.

Dieses Ergebnis hat seinerzeit viele überrascht. Erwartet worden war eher ein Ergebnis 10:5.

Wenn die Bundesregierung den strategischen Empfehlungen zum Energiesparen und zur Nutzung erneuerbarer Energieträger dieser Kommission gefolgt wären, wäre in Deutschland die Energiewende schon in den frühen Achtzigerjahren beschlossen und eingeleitet worden. Aber weder die damals amtierende Bundesregierung von Helmut Schmidt (SPD), noch die 1982 folgende Regierung unter Helmut Kohl (CDU) ist der Enquete-Kommission gefolgt.

Diese Kommission hatte erstmals alternative Energiezukünfte mit und ohne Kernenergienutzung untersucht für die praktische Energiepolitik eine Strategie für die nächsten zehn Jahre vorgeschlagen, denen Atomkritiker und -befürworter zustimmen konnten. Sie konnten das prioritäre Interesse an einem Versuch anerkennen, die Nutzung der Kernenergie durch Energiesparen und erneuerbare Energieträger zu vermeiden. Auszug aus dem Vortrag Reinhard Ueberhorsts während der Tagung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen in Berlin im März 2014





FRÜHSTÜCK MIT PUNKS

Wo liegt Lüchow-Dannenberg? Eine Frage, die viele nicht beantworten konnten, bevor sie ins Wendland kamen, um gegen Atomkraft zu demonstrieren. So ging es auch der Rheinländerin Schulamith Weil. Sie kam aber nicht nur, um auf die Straße zu gehen. Von Torsten Koopmann

Schulamith kam mit dem Friedensritt 1995, der von Gorleben nach Morsleben führte, nach Lüchow-Dannenberg, lernte den Widerstand in der Region um Gorleben kennen und demonstrierte hoch zu Ross ihre Unterstützung. Diese Form des politischen Wanderritts ist seitdem ein Teil des wendländischen Widerstands. Genau wie sie selbst. Dabei nimmt sie die Bedeutung ihres aus dem Hebräischen stammenden Namens sehr ernst: Schulamith heißt "die Friedensbringerin". Beim folgenden Castortransport wurde es auch in Vlotho nordöstlich von Bielefeld unruhiger. Getreu dem Motto "Gorleben ist überall" hängte sie mit Freunden an eine Eisenbahnbrücke das erste "Stopp Castor"-Transparent des Ortes auf.

Im Wendland "landete" sie dann in einem Castor-Camp bei Grippel direkt an der LKW-Transportstrecke zwischen Dannenberg und Gorleben. Zu einer gemeinsamen Aktion auf der Straße kam es zwar nicht, "aber", so sagt Schulamith heute, "es war trotzdem ein gutes Erlebnis". Mit Freunden suchte sie einen Stellplatz für einen LKW und durfte das Fahrzeug in den mit Blümchen und Gartenzwergen geschmückten Vorgarten

von Anwohnern stellen. Am nächsten Morgen wurden alle zum Frühstück eingeladen, und so saß urplötzlich und wie selbstverständlich eine Gruppe waschechter Punks bei gutbürgerlichen Leuten in der ländlichen Küche. Das hat beeindruckt. Hier wollte Schulamith leben.

Eine weitere Erfahrung in Grippel war für sie, dass es sich eher lohnt, mit Gruppen unterwegs zu sein, die eine klare Übereinkunft haben, wann und wie genau sie auf die Straße oder Schiene gehen wollen, als mit hundert Leuten unentschlossen am Rand zu stehen. Und so war Schulamith in den darauffolgenden Jahren eher bei X-tausendmal quer oder Widersetzen zu finden. Und, ja, einmal auch beim Schottern.

Wie so viele im Wendland, kommt auch Schulamith im Gespräch häufig auf Anekdoten rund um die Castortransporte zu sprechen:

Als 2001 in Süschendorf die Bahnfahrt des Castors für längere Zeit gestoppt wurde, wollte sie sich nach den anstrengenden Tagen eine kleine Pause gönnen und in ihrem Bett schlafen. Sie stellte alle zwei Stunden den Wecker, um das Castor-Infotelefon zu befragen und rechtzeitig vor dem Transport auf die Straße zu kommen. Doch das war gar nicht nötig: In der Pause riefen die Grundschulkinder unter ihrem Schlafzimmerfenster im Ort Küsten: "Der Castor steht noch immer – Juhuuuuh!" Schöne Erkenntnisse: "Ich darf noch schlafen, und die Grundschulkinder fiebern hier mit".

In der KURVE Wustrow hat Schulamith in einer schwierigen Zeit lange Jahre Verantwortung im Vorstand übernommen und dort später auch hauptamtlich gearbeitet. Die Bildungs- und Begegnungsstätte will einen Beitrag dazu leisten, Konflikte durch überlegte, gewaltfreie Aktionen zu überwinden.

Dabei überwindet Schulamith zunächst einmal ihre eigenen Grenzen, persönliche wie geografische, wenn sie im Westjordanland für die Planung des zivilen Friedensdienstes arbeitet und gewaltfreie Aktionen gegen die Besatzung unterstützt, oder in Deutschland mit einer anderen Organisation Begegnungen zwischen Israelis und Palästinenser/-innen begleitet.

Ist es vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts unangemessen, wenn im Wendland vom "Widerstand" gesprochen wird? Für Schulamith ist das trotz der unterschiedlichen Dimensionen eine angemessene Bezeichnung des Protests, weil die Menschen in Lüchow-Dannenberg sich der Bedrohung auch physisch entgegenstellen. "Wer wachsam gegenüber der Gewaltanwendung, den Täuschungen und Tricksereien des Staates ist, kann beobachten, dass der Staat auch hier seine Maske fallen lässt und

selbst gesetzeswidrig handelt, wenn soziale Bewegungen Wirkung zeigen und eine Kraft entfalten, die die Mächtigen stört"

Schulamith Weil sieht sich als Wanderin zwischen den Welten. Sie wird immer wieder der einen oder anderen Gruppe des Widerstands im Wendland zugeordnet. Widersetzen, x-tausendmal quer, Bürgerinitiative, Kommune Meuchefitz oder Widerstandsnest Metzingen, in keiner Schublade sieht sie sich ausschließlich. "Ballkleid" und "zerrissene Jeans" stünden ihr qut.

Für gewaltfreie Aktionen tut sie sich gern mit den unterschiedlichsten – und natürlich möglichst netten und verlässlichen – Leuten zusammen.

"Die große Stärke des Wendlands ist die Bereitschaft, an einem Strang zu ziehen, nicht so sehr die Unterschiede, sondern das Gemeinsame zu sehen." Man habe sich hier nicht spalten lassen, immer wieder etwas angepackt und die Koexistenz der unterschiedlichsten Gruppen akzeptiert. Nur mit der Unterstützung aus der Region und der guten Vernetzung weit darüber hinaus konnte eine Idee wie Gorleben 365 umgesetzt werden. Ein Jahr lang immer wieder das Bergwerk zu blockieren, stellte die KUR-VE Wustrow vor die Frage, wie weit man gehen wolle. "Riskieren wir mit unserer Beteiligung an der Initiative unsere Gemeinnütziakeit?"

Fragen, die auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg immer wieder auszuloten hat.

Es bleibt wichtig, mit gesundem Menschenverstand die anstehenden Probleme zu bewältigen. "Wie man an Frau Merkel sieht, kann man Physikerin sein und es trotzdem nicht kapieren."

Dafür, dass auf Politiker kein Verlass ist, seien Ministerpräsident Weil und Minister Wenzel das jüngste Beispiel. Als die beiden Lüchow besuchten, um dem hiesigen Widerstand zu erklären, warum sie, entgegen ihrer Wahlaussagen, einem Gesetz mit Gorleben als möglichem Endlager zustimmen werden, schenkte sie Herrn Wenzel eine verwelkte Sonnenblume.

Eine welke Nelke für Herrn Weil hatte sie leider nicht zur Hand.

Wenn sie jetzt wieder zu ihren Eltern ins Rheinland zieht, sieht sie mit Waffenexporten, Abschiebeknästen und Flüchtlingsarbeit weiterhin auch andere wichtige Themen für sich.

In der "Diaspora" bleibt sie aber Botschafterin für das Wendland. "Einfach weil man hier besser informiert ist, viel erlebt hat und immer wieder richtig stellen muss, dass die vielen Castoren nicht unter der Erde im Salz stehen. Und natürlich, weil wir es längst noch nicht geschafft haben."



BLICKWEXEL

Die Anti-AKW-Bewegung hat keine Nachwuchssorgen – in Göttingen nicht und auch nicht anderswo. Einen Mangel an Kreativität gibt es nicht. Emil aus Göttingen ist zehn Jahre alt und baut schon die Hälfte seines Lebens mit Lego. Ungefähr genauso lange ist er mit seinen Eltern bei vielen Aktionen gegen die Atomkraft dabei gewesen. Was lag also näher, als beide Leidenschaften zu kombinieren? Die Lego-Stadt, die so entstanden ist, erstreckt sich auf einer Fläche von 3 mal 2 Meter, und ihr Herzstück ist eine nachgebaute Anti-AKW-Demo mit allem, was dazugehört: 120 Demonstranten, Transparente, Aktivisten, die sich abseilen und andere, die eine Pyramide errichtet haben.

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im Bl-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de













BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 BIC: NOLADE21UEL



Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18 ☎ 05841 - 4684

buero@bi-luechow-dannenberg.de www.bi-luechow-dannenberg.de